

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Andrew Ullmann, Michael Theurer, Renata Alt, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Christian Dürr, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Michael Georg Link, Oliver Luksic, Alexander Müller, Dr. Stefan Ruppert, Thomas Sattelberger, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Katja Suding, Linda Teuteberg, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Gesundheitskompetenz

Aus einer Studie zur Gesundheitskompetenz aus dem Jahr 2016 geht hervor, dass rund 54 Prozent der Menschen in Deutschland – also über die Hälfte der Deutschen – nur über eine eingeschränkte Gesundheitskompetenz verfügen (Schaeffer, Doris et al.: Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland. Ergebnisbericht, Universität Bielefeld 2016, S. 40). Einige Bevölkerungsgruppen haben dabei größere Schwierigkeiten als andere, beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund, mit niedrigem Bildungsniveau oder im höheren Lebensalter (ebd.).

Doch Gesundheitskompetenz ist nicht nur für die Gesundheit des Einzelnen, sondern auch für das Gesundheitssystem insgesamt von Bedeutung. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) führte 2017 an, dass mangelnde Gesundheitskompetenz laut Schätzungen der WHO für 3 bis 5 Prozent der Gesundheitsausgaben verantwortlich sei. Für Deutschland seien das zwischen 9 und 15 Mrd. Euro (BMG Pressemitteilung: Gründung der Allianz für Gesundheitskompetenz, 19. Juli 2017).

Vor diesem Hintergrund wurde 2017 die Allianz für Gesundheitskompetenz gegründet (ebd.). Zudem hat ein Expertenkreis den Nationalen Aktionsplan Gesundheitskompetenz erarbeitet, in dem konkrete Handlungsfelder benannt und 15 konkrete Empfehlungen formuliert wurden. Ebenfalls beabsichtigt das Bundesministerium für Gesundheit die Einrichtung eines Nationalen Gesundheitsportals, in dem „[v]erständliche, zuverlässige und werbefreie Gesundheitsinformationen“ zur Verfügung gestellt werden sollen. Hierzu entwickelte das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) bereits ein Konzept (Bach: Kompliziert, aufwendig und teuer, Tagesspiegel, 7. März 2019).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland in den letzten drei Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, Altersgruppen und Geschlecht aufschlüsseln)?
2. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand der digitalen Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland?
3. Wird nach Auffassung der Bundesregierung ausreichend für die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland unternommen?
4. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die aktuellen Fördermittel für Forschung zur Gesundheitskompetenz?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung, dass es sich bei Menschen mit begrenzter Gesundheitskompetenz häufig um Personen mit niedrigem Bildungsstandard, ältere Menschen und solche mit Migrationshintergrund sowie Personen, die auf verschiedene Formen öffentlicher Transferzahlungen angewiesen sind, handelt?

Was plant die Bundesregierung zu unternehmen?

6. Welche der 15 Handlungsempfehlungen aus dem Nationalen Aktionsplan Gesundheitskompetenz wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bereits umgesetzt?

Welche konkreten Maßnahmen sollen in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden?

7. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung konkrete Ergebnisse, wie sich die bereits umgesetzten Maßnahmen auf die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland ausgewirkt haben?

Wenn nein, ist eine Evaluation geplant?

8. Welche Herausforderungen gibt es nach Auffassung der Bundesregierung bei der Umsetzung der Maßnahmen?
9. Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung die Digitalisierung dabei helfen, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu erhöhen?

Welche Konzepte hat die Bundesregierung dazu?

10. Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr von gesundheitsbezogenen Falschmeldungen in sozialen Netzwerken ein, und wie kann nach Auffassung der Bundesregierung dagegen vorgegangen werden?
11. Wer eignet sich aus Sicht der Bundesregierung dazu, Gesundheitskompetenz zu vermitteln?
12. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung bereits einen Termin, zu dem das Konzept zum Nationalen Gesundheitsportal umgesetzt werden soll?
 - a) Wie sehen die weiteren Umsetzungsschritte aus?
 - b) Wer soll Träger des Nationalen Gesundheitsportals sein?
 - c) Wie soll es finanziert werden?

Berlin, den 14. August 2019

Christian Lindner und Fraktion